

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

3.3.1921 (No. 52)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. M. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gepaltene Zeile über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontrodurchfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfuhrverbot, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Keine Unbedachtlichkeiten in der Heimat!

Ein Vorkommnis aus den letzten Tagen gibt Anlaß, eindringlich darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerung in der jetzigen spannungsvollen Zeit ein besonderes Maß von Selbstbeherrschung zeigen muß und sich vor allem auch jeder unbedachten Handlung oder Äußerung gegenüber den in Deutschland tätigen amtlichen Vertretern der Entente enthält. So natürlich die ernste Stimmung des deutschen Volkes angesichts der überaus harten Forderungen unserer Gegner auch ist, es würde nichts die verantwortungsvolle und heikle Aufgabe unserer Unterhändler in London mehr erschweren, als Unbedachtlichkeiten in der Heimat. Den deutschen Interessen wird durch solche in keiner Weise gedient. Allen Mitbürgern kann deshalb nicht dringend genug nahe gelegt werden, die Ruhe zu bewahren und sich nicht zu irgendwelchem unbesonnenem Verhalten hinreißen zu lassen.

Steuerblätter statt Steuerkarten.

Der Reichsfinanzminister hat genehmigt, daß die Steuerkarten statt in die vorgeschriebene Steuerart auf ein loses Blatt nach vorgeschriebenem Muster geklebt werden, das dem Arbeitnehmer bei der Lohn- oder Gehaltszahlung ausgeteilt wird. Voraussetzung für die Anwendung dieses Verfahrens ist, daß die Lohn- oder Gehaltszahlung für einen Monat oder für einen längeren Zeitraum erfolgt. Auch muß der Arbeitgeber die Steuerblätter selbst auf eigene Kosten beschaffen. Anträge auf Zulassung des Verfahrens sind bei den Finanzämtern zu stellen, die nähere Auskunft erteilen.

Förderung des Wohnungsbaues.

Die den Gemeindebehörden gegebene Befugnis, Räume in Neubauten zu beschlagnahmen, hat nach den gemachten Erfahrungen in starkem Maße hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen gewirkt. Da jedoch wegen des außerordentlichen Wohnungsmangels die Neubautätigkeit in jeder Weise gefördert und unterstützt werden muß, hat das Arbeitsministerium, einem Ersuchen des Reichsarbeitsministeriums entsprechend, auf Grund des § 9 der Reichsverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel angeordnet, daß Räume in solchen Neubauten, welche nach dem 1. Januar 1921 baupolizeilich genehmigt worden sind oder noch genehmigt werden, den Vorschriften der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 2. August 1920 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und etwaigen auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften der Gemeindebehörden nicht unterliegen. Hiernach darf demnach insbesondere eine Beschlagnahme solcher Räume nicht mehr erfolgen.

Die Anordnung bezieht sich sowohl auf Neubauten, welche mit Kaudarlehen oder Baukostenzuschüssen, als auf Neubauten, welche ohne solche erstellt werden. Ebenso finden die Vorschriften der Verordnung des Arbeitsministeriums über Mieterschutz vom 15. Juli 1919, worin für die Berechnung der Mietzinsen unter Zugrundelegung der Friedensmieten Richtlinien aufgestellt sind, auf die angeführten Neubauten keine Anwendung. Dagegen bleiben die Bestimmungen der Reichsverordnung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 und 22. Juni 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 für diese Neubauten auch fernerhin in Geltung.

Einreise von Deutschen nach Elsass-Lothringen.

Deutsche, welche sich nach Elsass-Lothringen zu begeben wünschen, haben sich an die französischen Konsularämter in Deutschland zu wenden. Ein französisches Konsulat befindet sich in Karlsruhe, Bernhardtstraße 19.

Scheidung der Geister.

Berlin, 2. März.

Wie an dieser Stelle bereits berichtet worden ist, haben die Gegensätze zwischen den beiden Flügeln der kommunistischen Partei Sowjetrußlands sehr scharfe Formen angenommen. Es handelt sich dabei um eine grundverschiedene Auffassung der außenpolitischen Ziele und Aufgaben der Sowjetrepublik. Der rechte Flügel unter Lenin und Tschitscherin strebt zunächst die innere Konsolidierung und wirtschaftliche Stärkung Rußlands an und wollte sich dann erst seinem eigentlichen Ziele, der Weltrevolution hingeben. Er bezog in ihm mehr Sachlichkeit und Vorsicht, während der linke radikalere Flügel, der hauptsächlich von Trotski geführt wird und dem vornehmlich die Mitglieder der 3. Internationale angehören, die größtmögliche Aktivität in der Unterstützung der revolutionären Bewegung Europas fordern und zu diesem Zweck alle Mittel der Propaganda, ja selbst die militärischen Machtmittel angewendet wissen wollten. Die wirtschaftliche Stärkung Rußlands war ihnen bis dahin eine Nebenfrage.

Diese Gegensätze machten sich natürlich auf allen Gebieten des Staatslebens bedenklich geltend. Fragen, wie die Ausgestaltung der Gewerkschaften oder die Erteilung wirtschaftlicher Konzessionen an das ausländische Kapital, spielten dabei hinein und wuchsen sich zu Streitfragen in der Presse und im Volke aus. Lenins Anhänger sah hauptsächlich in Moskau und Petersburg, diejenige Trotski in den Provinzstädten, so daß es anfangs den Anschein gewann, als seien die Kräfte einigermaßen ausgeglichen.

Tschitscherin, der Kommissar für auswärtige Politik, beschloß daher, die Gegensätze auf einer Konferenz zum Austrag zu bringen, zu der alle bolschewistischen Auslandsvertreter nach Moskau berufen werden sollten. Sie sollte in den ersten Februartagen zusammentreten, mußte dann aber wieder verschoben werden, weil der Streit in der Gewerkschaftsfrage inzwischen so bedenkliche Formen angenommen hatte, daß die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße nicht von der Hand zu weisen war. Es folgte sodann der Matrosenaufstand in Kronstadt, der sich gegen das diktatorische Regime Trotskis richtete und damit eine Stärkung des Leninschen Flügels bedeutete. Trotski, der die Gefahr richtig erkannte, versuchte es auf einer Sitzung der Volkskommissare mit einem Kompromißvorschlag, der aber abgelehnt wurde. Die Folge war, daß er und ein Teil seiner Anhängerschaft wie Wucharin (der Vorsitzende der kommunistischen Partei) und der berichtigte Chef der „Außerordentlichen Kommission“ Dscherschinski, von ihren Parteiamtern zurücktraten. Nun hatte Lenin Oberhand. Der Matrosenaufstand wurde mit Bechteligkeit niedergeworfen und Tschitscherin konnte seine Konferenz zusammentreten lassen, auf der er in Kopp und Krassin seine hauptsächlichste Stütze fand, während Koffe und Witwinow sich neutral verhielten und nur Nadel die Partei Trotskis hielt. Den Ausschlag gab aber Sinowjew, der, obgleich er Vorsitzender der 3. Internationale ist, und bisher die radikale Strömung vertrat, für Lenin Partei ergriff, indem er die sofortige Einstellung der innenpolitischen Streitigkeiten und die Festlegung eines bestimmten außenpolitischen Kurses forderte.

Damit war auch Tschitscherins Sieg erkochten. Die Konferenz beschloß nicht nur, alle ausländischen Propagandaagenturen und Einzelagenten unter die Aufsicht der ausländischer Gesandtschaften zu stellen, und zwar auch in finanzieller Hinsicht, sondern bestimmte auch die Einschränkung der bolschewistischen Auslandspropaganda, energische Verhinderung der Aufnahme von Handelsbeziehungen, sowie Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages und eines vorläufigen Abkommens mit Deutschland (?). Diese Beschlüsse fanden dann die Zustimmung des Rates der Volkskommissare. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine Neuerteilung der diplomatischen Vertretung im Ausland vorgenommen. Und zwar wurden die Posten von London, Rom und Nebal in außerordentliche Gesandtschaften umgewandelt, während in den übrigen Ländern nur Geschäftsträger vorgesehen wurden. Zu dem Bezirk der Nevaler Gesandtschaft sollen von nun an gehören: Deutschland, Litauen, Lettland und Finnland sowie die skandinavischen Staaten, zu London: Frankreich, Spanien und Portugal, während dem römischen Gesandten Deutschösterreich, die Tschecho-Slowakei, die Schweiz und die Balkanstaaten zugeteilt werden.

Ob dieser von Lenin und Tschitscherin inaugurierte neue Kurs, der fraglos eine gewisse Entspannung im Osten mit sich bringen dürfte, von Dauer sein wird, muß abgewartet werden. Die radikalen Elemente unter Trotski werden trotz ihrer Niederlage den Kampf für die Verwirklichung ihrer Gewalttenden zweifellos nicht aufgeben. Vielleicht gelingt es ihnen, die müden und völlig apathisch gewordenen Massen auch einmal für ihre radikalen Pläne in Front zu bringen. Der außerordentliche Pessimismus, der heute in Sowjetrußland herrscht, spricht aber nicht gerade dafür und inzwischen naht der Zusammenbruch der ganzen bolschewistischen Herrlichkeit mit Riesenschritten!

Die wirtschaftliche Denkschrift.

Die eine der beiden Denkschriften, die von der deutschen Delegation in London überreicht wurden, enthält eine eingehende Würdigung der wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse. Sie ist von den 33 deutschen Sachverständigen ausgearbeitet, die in den letzten Wochen über die Pariser Beschlüsse beraten haben und hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der Pariser Beschlüsse fordern die Alliierten unbeschadet der anderen Restitutionsverpflichtungen aus § 238 und aller anderen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag:

1. Deutschland zahlt im Laufe von 42 Jahren 236 Milliarden Goldmark und zwar in den Jahren:
1921/22 2 Milliarden Goldmark jährlich
1922/23 3 Milliarden Goldmark jährlich
1923/24 4 Milliarden Goldmark jährlich
1924/25 5 Milliarden Goldmark jährlich
1925/26 6 Milliarden Goldmark jährlich

2. Deutschland zahlt während 42 Jahren 12 Prozent des Goldwertes seiner Ausfuhr.

3. Deutschland darf keine ausländischen Kreditoperationen vornehmen ohne die Zustimmung der Reparationskommission.

4. Im Falle der Nichtinnehaltung der Verpflichtungen zu 1. oder 2. behält sich die Reparationskommission den Zugriff auf die Ein- und Ausfuhrzölle Deutschlands vor, sowie weitere Maßnahmen, die sie für richtig hält.

Belastung der deutschen Wirtschaft.

Die Belastung mit einer Annuität von 6 Milliarden Goldmark würde die deutsche Bevölkerung mit 100 Mark Gold oder mit 1000 Mark Papier pro Kopf und Jahr treffen. Nach der Aufstellung der Sachverständigen der Alliierten beträgt die Steuerbelastung in Deutschland heute bereits 500 Mark Papier gegen 300 Francs Papier in Frankreich. Sie würde, auch wenn keinerlei Lasten hinzutreten, bei einer Annuität von 6 Milliarden bis auf 1500 Mark Papier ansteigen.

Das Durchschnittseinkommen beträgt in Deutschland je Kopf der Bevölkerung nach Cardieu rund 3000 Mark Papier, in Frankreich rund 3200 Francs Papier. Eine Mehrbelastung um 1000 Mark Papier würde das Belastungsverhältnis in Deutschland auf 41 Prozent gegenüber 12,2 Prozent in Frankreich steigern, und das allein durch die Jahreszahlung ohne den Zuschlag von 12 Prozent der Ausfuhr.

Zahlung kann geleistet werden durch Produktionsüberschuß.

Zahlung von Land zu Land ist möglich: 1. durch Überweisung von Zahlungsmitteln, 2. durch Überweisung von Gütern, Wertschriften und dinglichen Rechten, 3. durch Dienste und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaften, 4. durch Kredite, 5. durch Warenausfuhr.

1. Zahlung durch deutsche Umlaufmittel verbietet sich für Deutschland, weil die Gläubiger von ihnen nicht im entsprechenden Umfang Gebrauch machen können, und weil diese Umlaufmittel sich bei ihrer beständigen Vermehrung fortwährend entwerten. Je mehr in deutschen Umlaufmitteln gezahlt wird, desto wertloser wird die Zahlung.

2. Durch sorgfältige Übertragung von Wertschriften und dinglichen Rechten würde das Eigentum an deutschen Produktionsmitteln allmählich auf die Gläubiger übergehen. Dann würden jedoch die Gläubiger ihre Renten wiederum nur in deutschen Umlaufmitteln erhalten und für Deutschland der Nachteil entstehen, daß die Arbeitskraft, wenn sie für fremde Unternehmer einzusetzen ist, erschläft.

3. Dienste und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaft in großem Umfang sind Deutschland unmöglich gemacht, da es die Werkzeuge dieser Dienstleistungen (vor allem Schiffe) verloren hat, andererseits nicht gegen den Wunsch seiner Gläubiger Arbeiter zur Ableistung von Diensten ins Ausland entsenden kann.

4. Ausländische Kredite, deren Beschaffung durch die Pariser Beschlüsse überdies erschwert wird, erfordern eine dauernde Verzinsung, die wiederum zu dem Problem der Zahlungsleistung des einen Landes an das andere führt und daher nur eine zeitliche Verschiebung und Erhöhung dieser Zahlungen bedeutet. Überhaupt würde die regelmäßige Beschaffung privater oder staatlicher Kredite im Ausland in erforderlichem Umfang nicht gelingen.

5. Ausfuhr. Es bleibt somit nur der Weg der Güterausfuhr. Diese kann sich jedoch weder auf die für den notwendigen Konsum bestimmten Rohstoffe und Produkte, noch auf die im Laufe der Jahrzehnte geschaffenen, durch Ausverkauf fast gelichteten Produktionsmittel und Geräte erstrecken. Die Ausfuhr der ersteren würde Arbeitslosigkeit und Hungersnot zur Folge haben. Die Güterausfuhr muß sich daher beschränken auf die Ausfuhr des Produktionsüberschusses, d. h. der Differenz zwischen Erzeugung und lebensnotwendigen Verbrauch. Nur aus den Überschüssen einer auf sparjamsten Eigenverbrauch eingestellten Volkswirtschaft können nach Begleichung der Einfuhrrechnung Zahlungen der geforderten Art geleistet werden.

Handels- und Zahlungsbilanz.

Die deutsche Handelsbilanz ist passiv. Im ersten Halbjahr 1920 betrug die Ausfuhr 2,1 Milliarden Goldmark, die Einfuhr etwa 3,4 Milliarden. Die Gesamteinfuhr für 1920 ist mit 7½, die Ausfuhr mit 5 Milliarden, der Passivsaldo mit mindestens 2½ Milliarden Goldmark zu bewerten.

Noch ungünstiger ist die Zahlungsbilanz, denn es treten hinzu die Verzinsung und Abtragung von Auslandsschulden, einschließlich der Verpflichtung aus dem Clearingverfahren, die übrigen Leistungen an die Entente, ferner die Verzinsung der in Deutschland angelegten fremden Kapitalien. Die Summe dieser Jahresleistungen ausschließlich der Reparationsleistungen wird für den Dauerzustand auf 1½ Milliarden geschätzt. Somit hat das deutsche Volk mindestens 4 Milliarden Goldmark jährlich zum Ausgleich des Passivsaldo an das Ausland abzuführen.

Vor aller Reparation muß demnach das deutsche Volk, um das Gleichgewicht herbeizuführen, nicht nur seine Handelsbilanz mit 2½ Milliarden Goldmark glattstellen, sondern darüber hinaus noch 1½ Milliarden Goldmark Ausfuhrüberschuß erzielen. Die Forderungen der Alliierten setzen eine Handelsbilanz voraus, die in den kommenden Jahren einen Überschuß ergibt. Dazu kommt die 12prozentige Abgabe, die im Laufe der Zeit eine steigende Milliardenbelastung ausmacht.

Wie kann die deutsche Handelsbilanz aktiv gemacht werden?

a) Beschränkung der Einfuhr. Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Beschränkung seiner Einfuhr. Ins-

besondere kann und soll der Verbrauch fremder Luxusgüter beschränkt werden. Denn die Zahlung der Entschädigung erfordert sparsamste Lebensführung. Etwas über 1/2 Milliarden Goldmark mögen sich auf diese Weise ersparen lassen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dadurch dem Reiche große Einnahmequellen verloren gehen, und zwar solche, auf deren Ausbau gerade die Sachverständigen der Alliierten mehrfach hingewiesen haben. Einsehender noch ist die Verletzung der Interessen alliierter und neutraler Länder. Wenn Spirituosen, Süßfrüchte, Blumen, Kaffee, Tabak ausgeschlossen werden, so leiden diejenigen Länder, die auf die Ausfuhr solcher Güter angewiesen sind, insbesondere werden sie in ihrer Kaufkraft geschwächt. Weht Deutschland noch einen Schritt weiter und schließt Fertigwaren, soweit der Versailler Vertrag dies überhaupt zuläßt, von der Einfuhr aus, so wird der heute schon fühlbare Widerstand der ausfuhrwilligen Länder unüberwindlich. Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schwer geschädigte Gesamtkaufkraft der Welt noch tiefer sinken würde.

b) **Ersparnisse an selbsthergestellten Gütern.** Ersparnisse an Nahrungsmitteln ist unmöglich. Die deutsche Ernährungswirtschaft bedurfte schon vor dem Kriege eines erheblichen Zuschusses ausländischer Produkte. Seither hat sich ihre Leistungsfähigkeit durch den erzwungenen Raubbau derartig vermindert, daß sie heute nach Abtretung der östlichen und westlichen Überschussgebiete nur noch 42 Prozent des Normalbedarfs leistet. Soll eine normale Ernährung der Bevölkerung wie vor dem Kriege wiederhergestellt werden, so müssen ausländische Nahrungs-, Futtermittel und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden Goldmark eingeführt werden. Ein Ausfuhrüberschuß an Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen. Die Einschränkung im Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volkes, wie sie seit Jahren besteht, kann, wenn es nicht gelingt, die trotz aller Gegenwirkungen sich geltend machende Tendenz von der intensiven zur extensiven Wirtschaftsweise überzugehen, wieder zurückdrängen, mithin auf lange Zeit hinaus nicht gemildert werden, obgleich sie Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes bedroht.

Ersparnisse an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist ebenso wenig möglich, da alle Produktionsanlagen heruntergewirtschaftet sind und dringend der Erneuerung und Verbesserung bedürfen und andererseits der Verbrauch der Bevölkerung an den notwendigsten Gütern für Bekleidung und Ausstattung auf ein Mindestmaß gesunken ist. Hier läßt sich vielmehr behaupten, daß unverzüglich eine gründliche Erneuerung von Gerüststoffen und Bekleidungsmitteln schon aus gesundheitlichen Gründen unabwendbare Notwendigkeit ist. Nachstehende Zahlen verdeutlichen den Konsumrückgang des deutschen Volkes in den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm.

	1913	1920
Fleisch	52	etwa 20
Wehl	125	83
Verbrauchsgüter	19,2	14,1
Baumwolle	7,2	2,3
Wolle	2,2	1,0
Steinkohle	2370	1770
Eisen	253	100

c) **Steigerung der Produktion.** Die Handelsbilanz kann also nur bescheidenem Umfange durch Einsparungen und Einfuhrbeschränkungen, stärker nur durch Steigerung der Produktion und der Ausfuhr verbessert werden. Die landwirtschaftlichen Erträge können nur ganz allmählich steigen, so daß mit einer Minderung des Einfuhrbedarfs in den ersten Jahren nicht zu rechnen ist. Somit kann der gesamte Ausfuhrüberschuß zunächst und hauptsächlich nur von der Industrie aufgebracht werden.

Wie groß muß die deutsche Ausfuhr werden, um den nötigen Überschuß zu ergeben?

Die deutsche Industrie und die deutsche Ausfuhr waren stets auf die Einfuhr von ausländischen Roh- und Hilfsstoffen angewiesen. Die Gebietsabtretungen werden diesen Zustand verschlimmern. Nach Schätzung deutscher Sachverständigen müssen von den weiteren Produktionssteigerungen etwa 60 Prozent für die Einfuhr und für die Erweiterung des Produktionsapparates sowie für die Ernährung und Unterhaltung des erforderlichen Mehres an Arbeitskräften vorweg abgezogen werden, so daß nur 40 Prozent für die Erzielung des Ausfuhrüberschusses verbleiben. Um die Unterbillanz von 4 Milliarden auszugleichen und die weitere Ausfuhrsteigerung von 6 Milliarden zu erzielen, müßte die heutige Ausfuhr von 6 Milliarden um 25 Milliarden auf etwa 30 Milliarden Goldmark gesteigert werden. Sollte hierzu eine Ausfuhrabgabe von 12 Prozent der Ausfuhrwerte hinzutreten, würde eine abermalige Erhöhung des Produktionsüberschusses um etwa 3 1/2 Milliarden notwendig, so daß die Gesamtausfuhr um weitere 10 Milliarden und somit auf die schwindelnde Höhe von nahezu 40 Milliarden Goldmark steigen müßte. Eine deutsche Ausfuhr von 40 Milliarden Goldmark würde aber das Doppelte der gesamten Ausfuhr Englands im Jahre 1920 (1395,8 Millionen Pfund = rund 19 Milliarden Goldmark, das Pfund zu 15 Goldmark gerechnet) betragen und auch die ganz ausnahmsweise hohe Ausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1920 (8228 Millionen Dollar = 84,5 Milliarden Goldmark) wesentlich übersteigen, und da sie hauptsächlich in Fertigfabrikaten bestehen müßte, die gesamte Ausfuhr Amerikas und Englands an Fertigfabrikaten weit übersteigen.

Solche Ziffern, auf der einen Seite unumgängliche Voraussetzung für die geforderten Leistungen, würden auf der anderen Seite zu ganz unübersehbaren Verhältnissen in Deutschland und in der ganzen Welt führen.

Voraussetzung für die Durchführung des notwendigen Exportprogramms.

a) **Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten.** Die logische Folge einer derart übertriebenen Steigerung der deutschen Produktion zum Zwecke der Ausfuhr müßte ein Emporschnellen der Rohstoffpreise, andererseits ein Sinken der Preise für Fertigfabrikate auf dem Weltmarkt sein. Die gewaltig erhöhte Rohstoffeinfuhr wäre aber von Deutschland, das schon heute außerstande ist, seine Rohstoffläufe aus eigenen Mitteln im Ausland zu finanzieren, nur durch eine derartige Zahlungsanahme des internationalen Geldmarktes möglich, daß sie gleichbedeutend wäre mit einer Konzentrierung des Kreditmarktes auf den deutschen Bedarf.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß alle übrigen Produktionsländer einer solchen Konzentration der Rohstoffe, der Kredite und des Warenabfahes schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden.

b) **Die Verarbeitung.** Für die Verarbeitung müssen ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Industrieanlagen, ausreichende Zahl der Arbeitskräfte und ausreichende Finanzkraft in Deutschland gegeben sein.

Die deutsche Industrie hat heute bei Zugrundelegung der Preise von 1913 eine gesamte Produktionsmöglichkeit von etwas über 14 Milliarden Goldmark, das ist gegenüber der wirklichen Produktion von 1913 ein Rückgang von 11 Prozent, der auf Gebietsabtretungen und Raubbau zurückzuführen ist. Die deutsche Industrie müßte also auf eine viel breitere und zeitmäßigere Grundlage gestellt werden.

Von der früheren gewerblichen Produktion gingen etwa 8 Milliarden ins Ausland, während ungefähr ebensoviel neben einer starken Einfuhr von Fertigwaren in der Heimat verbraucht wurden. Nimmt man an, daß unsere bestehenden Anlagen eine Erzeugung für die Exportfabrikation von 6, selbst 8 Milliarden zulassen, so erblickt daraus, wie gewaltig die Umgestaltung unserer Anlagen sein müßte, um Exportgüter im Werte von 40 Milliarden Goldmark zu schaffen.

Zugleich erhellt, daß lange Zeit vergehen muß, bis diese Leistungsfähigkeit erreicht werden kann. Bedenkt man aber, wie teuer jetzt schon die Errichtung von Anlagen ist, so folgt, daß eine Rentabilität in den meisten Fällen nicht entstehen kann. Unternehmer, die Anlagen entsprechenden Umfangs neu errichten oder alte Anlagen erweitern, werden sich nicht finden. Unter allen Umständen müßten, um die Leistungsfähigkeit auf das geforderte Maß zu steigern, zunächst jahrelang unablässig nur Material, Arbeit und Kapital in die Unternehmungen gesteckt werden.

Menschliche Arbeitskraft. Die Erfüllung der Pariser Forderungen setzt eine Vermehrung der menschlichen Arbeitsleistung voraus, die nur in Jahrzehnten verwirklicht werden könnte. Vermehrte Arbeiterzahlen verlangen wiederum erhöhten Konsum. Zunächst aber ist eine bedenkliche Verminderung nach Leistung und Zahl eingetreten. Die Leistung des einzelnen unterernährten Arbeiters ist gesunken (Beweis Dortmund). Die zahlreichen ausländischen Arbeiter, die Deutschland früher beschäftigte, sind sowohl durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse der umliegenden Länder, als auch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands uns entzogen. Der Ausfall beträgt allein für Deutschlands industrielle Arbeit eine Menschenzahl von annähernd einer halben Million.

Es bleibt somit nur als letztes Mittel Ver längerung der Arbeitszeit. Durch internationale Vereinbarung ist der Weltarbeitsvertrag auf 8 Stunden beschränkt. Um die von Deutschland geforderte Leistung zu erfüllen, müßte, wenn alle Voraussetzungen hinsichtlich der Produktionsmittel, der Rohstoffe, der Absatzmöglichkeit und des Kapitals gegeben wären, die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters von 8 auf 14 Stunden erhöht werden. Dies bedeutet eine Leistung, die selbst in der Frühzeit des europäischen Kapitalismus, die rücksichtslos mit Menschenkräften umging, als unerträglich und unerfüllbar angesehen worden wäre. Es besteht keine Möglichkeit für ein Land, einen Anspruch von solcher Unmenschlichkeit an den größten Teil seiner eigenen Bevölkerung zu stellen, und es kann niemals die Meinung der Alliierten gewesen sein, unter Verletzung nicht nur des Geistes, sondern auch des Wortlautes des 13. Teiles des Versailler Vertrages, Deutschland zur Stellung eines solchen Anspruches zu zwingen. Qualitätsarbeit, wie der Produktionsapparat Deutschlands und seine Verpflichtung zu gesteigerter Erzeugung sie erfordert, kann nur von gesunden, arbeitswilligen und arbeitsfrohen Menschen, nicht von unterernährten, gezeichneten und hoffnungslosen Zwangsarbeitern verrichtet werden. Der Eintritt eines solchen Arbeitsverhältnisses in irgend einem Lande der Erde, ganz abgesehen von Deutschland, würde einen gefährlichen kulturellen Rückschritt bedeuten und unabsehbare Folgen für die Erdbewölkerung nach sich ziehen. Bei der internationalen Fernprüfung aller Arbeitsverhältnisse können überdies grundlegende Umgestaltungen auf diesem Gebiete in keinem Lande ohne Zustimmung der Arbeiterorganisationen aller Kulturstaaten herbeigeführt werden.

Kapital und Kredit. Im Deutschlands Produktion in der geforderten gewaltigen Weise zu steigern, sind für den Ausbau wie für den Betrieb Kapitalmengen in einem Umfange, wie sie gegenwärtig weder das Land selbst, noch die übrige Welt liefern kann, erforderlich. Keine noch so gesteigerte Notennmission ist im Stande, Realkapitalien zu schaffen. Gleichzeitig mit der Konsumkrise zieht durch die Welt eine Kapitalkrise, deren Wirkungen auch wir zu spüren beginnen. Wollten unsere Gläubiger es dennoch unternehmen, Deutschland die erforderlichen Kapitalien im Laufe der nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen, so würden die jährlich zu leistenden Zahlungen unsere Reparationsleistungen mehr als aufwiegen.

Erzwungene Überspannung der deutschen Produktion und Ausfuhr. Gelänge es, 40 Milliarden deutscher Waren zu erzeugen und auf dem Weltmarkt abzuladen, wie dies nach dem Pariser Beschluß erforderlich wäre, so würde eine vollkommene Umstellung des merkantilen und industriellen Weltbildes die Folge sein. Deutschland wäre die zentrale industrielle Werkstätte der Erde, die zwar unter gebürdlichen Verhältnissen und zu Hungerlöhnen arbeitet, die aber mit der ganzen Leidenhaftigkeit und Fähigkeit eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines konzentrierten Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte.

Der Weltmarkt ist kleiner, als gemeinhin angenommen wird. Die Ausfuhrgrößen sämtlicher Kulturstaaten zusammengenommen belaufen sich auf weniger als 100 Milliarden Goldmark. Sollte Deutschland von diesen Beträgen in der Vergangenheit ein Sechstel des Gesamtbetrages zu decken, so würde es gezwungen sein, in Zukunft 40 Prozent aufzubringen und entsprechende Mengen an Konkurrenzgütern zu verdrängen. Dies könnte nur geschehen unter gewaltigen Widerständen aller beteiligten und betroffenen Nationen und unter einer Absehung sämtlicher Warenpreise in einem Umfange, der allen Ländern die Produktion unrentabel machte. Bei jeder Marktlage wäre Deutschland gezwungen, zu unterbieten, und täte es dies nicht freiwillig, so würde seine Baluta so lange sinken, bis ein automatisches Herabsinken des erforderlichen Warenquantums aus dem Lande erfolgte.

Deutschland will den Weltmarkt durch Dumping nicht führen. Ein unfreiwilliges Dumping aber entsteht durch den Zwang zu einer Exporttätigkeit, die jedes bisher gefasste Maß überschreitet und, da sie überdies von der Balutaentwertung getragen wird, von keinem menschlichen Willen abgestellt werden kann. Gegen solche Überflutung würden sich nicht nur die Fertigfabrikate erzeugenden Länder wehren, sondern vor allem die Rohstoffe ausführenden, und diese würden es in der Hand haben, den ganzen Plan zu durchkreuzen, indem sie Deutschland die erforderlichen Rohstoffe verweigern oder nur zu Bedingungen liefern, die die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters vernichten.

Deutschlands Export würde vor allem in Fertigfabrikaten bestehen müssen, denn nur in der Form der verfeinerten Produktion wäre das Land in der Lage, so konzentrierte Werte zu liefern, wie einerseits sein Produktionsapparat, andererseits die Größe der ihm auferlegten Leistungen es fordert. Der Markt der Fertigfabrikate aber ist der empfindlichste. Auf ihm spielen sich um so härtere Kämpfe ab, als die hauptsächlichsten Nationen tief verschuldet sind und nämlich die gleiche Tendenz haben, ihre innere Verschuldung auf den Weltmarkt umzuladen.

Es gibt schon heute eine Anzahl von Produkten, bei denen die deutsche Ausfuhr derart innerhalb des Weltkonsums überwiegt, daß eine Steigerung des Anteils überhaupt nicht mehr möglich ist, ohne unmittelbar jede ausländische Konkurrenz zu zerstören. Zu diesen Produkten gehören Kleinisenwaren, Spielwaren, einfache Porzellanwaren, Chemikalien u. Farben.

Die Konsumkrise ist nicht bloß heranläßt durch den Ausfall einer großen Zahl konsumierender Völker, sondern auch durch die Schwächung konsumierender Schichten innerhalb der reichsten Länder. Die gesamte Kaufkraft ist auf einen Stand gesunken, der hinter dem zu Ende des vorigen Jahrhunderts

weit zurückbleibt. Die Tendenz zum Sparen macht sich allenthalben geltend bei verringerter Aufnahmefähigkeit für Produkte und gesteigertem Ausfuhrwillen. Sticht das allgemeine Ausfuhrbedürfnis an jedem Klage der Erde auf den Strom der deutschen Waren, die sich dort zwangsweise ausbieten müssen, so entsteht eine Erdkrise in merkantilen Verteilung der Länder, die alle Konkurrenzlämpfe der Vergangenheit übertrifft. Die Unmöglichkeit eines Warenverkehrs in der Größenordnung von 40 Milliarden ergibt sich somit von selbst und damit die Unmöglichkeit überhaupt, innerhalb der gegenwärtig bestehenden Weltwirtschaft Ausgleichszahlungen in einem Umfange vorzunehmen, wie die Pariser Vorschläge es verlangen.

Die Reparationsleistung kann nicht das Problem einer einzelnen Volkswirtschaft sein; sie ist das erste Problem einer neu zu gestaltenden Weltwirtschaft.

Deutschland ist entschlossen, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um innerhalb dieser Gesamtwirtschaft den ihm obliegenden schwersten Teil der Arbeitsleistung auf sich zu nehmen. Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung ist hier Voraussetzung. London wird die Reihe der Verständigungen zu eröffnen haben, deren die Welt zum Aufbau ihrer Wirtschaft bedarf, die eine Wirtschaft der Solidarität sein muß, wenn sie nicht, von Krise zu Krise treibend, in unübersehbarer Verwirrung ertrinken soll.

Politische Neuigkeiten.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 3. März. (W.L.B.) Der Sonderberichterstatter der Agentur Hatas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bilden, wobei wohl gemerkt die beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können.
3. Der deutschen Abordnung wird ferner eine Höchstfrist von 4 Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.
4. Sobald sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhöfen besetzen; „wenn Deutschland weiterhin bei seiner Bösartigkeit beharrt“, würde es außerdem dem wirtschaftlichen Strafmaßnahmen betroffen werden, wie z. B.: 1. Erhebung der Hälfte des Ertrages aus Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland, 2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheinufer vom jenseitigen Deutschland abtrennt und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Die Kritik der Gegenvorschläge.

Der Sonderberichterstatter der Hatasagentur meldet, das Hauptergebnis der gestrigen Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter sei der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge zu hören, die einstimmig als unannehmbar, sogar als un diskutabel bezeichnet worden seien. Mit Beginn der Sitzung hätten Loucheur, Jaspard und Symons eine eingehende Kritik der deutschen Gegenvorschläge gegeben. Sie hätten zunächst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgelegene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden demittelte einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Leistungen Deutschlands noch weiter verringern. Als Zinssfuß hätten sie 8 Prozent angenommen, weil das für ihre Berechnung vorteilhafter sei als eine solche von 5 Prozent. Auch an der Berechnung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinigten Minister Kritik geübt. So hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Schiffe mit 7 Milliarden angegeben, während die Summe nach alliierter Schätzung (!) nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge betreffend die internationale Anleihe hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet infolge der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Ebenso hätten die Delegierten die Vorschläge betreffend die Leistungen und Zahlungen in Naturalien besprochen. Es sei aber beschlossen worden, den deutschen Plan nicht weiter zu erörtern.

Wie der „Star“ mitteilt, glaubt man, daß es sicher ist, daß den deutschen Delegierten eine Gelegenheit geboten werden wird, ein anderes Angebot zu unterbreiten, bevor die Konferenz abgebrochen wird.

Eine offiziöse Richtigstellung.

* Aus Berlin wird uns gedruckt:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es gibt natürlich ein ganz falsches Bild, wenn man die 266 Milliarden der Pariser Beschlüsse den 50 oder 30 Milliarden des deutschen Angebots gegenüberstellt. Die 220 Milliarden sind Summen der Jahresraten; werden sie im Wege der Rückdiskontierung auf Zeitwert gebracht, so handelt es sich um 63,29 Milliarden. Berechnet man umgekehrt die Summe der Jahresraten, welche Verzinsung und Tilgung des von Deutschland einschließlich der Vorlieferungen angebotenen Kapitals von 50 Milliarden in 30 Jahren erfordern würde, so ergeben sich 133,2 Milliarden und wenn man von den Vorlieferungen abzieht, also von 30 Milliarden ausgeht, immer noch 80,1 Milliarden, d. h. Annuitäten von 2,67 Milliarden jährlich bei einer Diskontierung (Verzinsung und Tilgung) mit 8 Prozent. Diskontiert man auf dem gleichen Wege wie das Pariser Arrangement, also mit der bis auf 6 Milliarden gesteigerten Scharrel in 42 Jahren, so kommt man natürlich auch auf 226 Milliarden. Wenn das Pariser Arrangement wirklich eine Feststellung der Gesamtschuldung Deutschlands sein sollte — und ohne derartige Feststellung verliert jede Verhandlung über die Reparationsfrage und zwar, wie wir meinen möchten, auch vom Standpunkte der Alliierten aus ihren Zweck — dann sind hinsichtlich des festen Angebots die Unterschiede gar nicht so groß.

Das Gutachten der juristischen Kommission.

Die von alliierter Seite eingesehene juristische Kommission hat zu dem Ergebnis gekommen, daß vor dem 1. Mai die Ausführung von Strafbestimmungen gegen Deutschland auf Grund der Wiedergutmachung nicht möglich sei. Die Durchführung des Pariser Abkommens, soweit es sich auf die Sanktionen bezieht, wird dadurch unmöglich. Doch die alliierten Staatsmänner waren, wie der „Bad. Fr.“ berichtet wird, um einen Ausweg nicht verlegen. Eine Protokollmeldung teilt mit, daß von seiten der Alliierten bereits Schritte unternommen seien, wobei die Entlohnungsfrage eine bedeutsame Rolle spielen wird. Der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, der über den Widerstand Deutschlands Informationen mit nach London brachte, soll wesentlich dazu beigetragen haben, Lloyd George zu seiner Haltung zu veranlassen. Trotzdem wird angenommen, daß in der Frage der Sanktionen noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Von Belgien und Italien scheint ein harter Widerstand ausgehen.

Presseäußerungen.

Die Londoner Presse von der „Daily Mail“ bis zur „Daily News“ lehnt die deutschen Gegenentwürfe ab, zum Teil in sehr scharfen Ausdrücken. Die „Times“ nehmen an, daß die Erklärung des Reichsministers des Äußeren nicht das letzte Wort Deutschlands bedeute.

Der Londoner Berichterstatter des „3 Uhr Abendblattes“ meldet: In amerikanischen Kreisen hält man jeden Beschluß der Konferenz vor dem Amtsantritt des Präsidenten Harding für unglücklich. Man glaubt bestimmt, daß Lloyd George und Briand sich in eine Sackgasse begeben haben. Man sagt in der City, besser wäre es gewesen, wenn Deutschland erklärt hätte, es könne die Summe der von den Alliierten in Paris verlangten Milliarden nicht zahlen, es schlage aber vor, durch unparteiische Sachverständige die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen zu lassen.

Ein Korrespondent der „Daily News“ will erfahren haben, daß die Alliierten der Haltung der neuen amerikanischen Regierung Rechnung tragen würden, weil diese nicht dulden würde, daß Frankreich neue Gebiete Deutschlands besetze. Der „New Statesman“ schreibt, es werde ein sehr kritischer Zustand entstehen, wenn Deutschland die Pariser Beschlüsse verweigere, da außer Frankreich niemand die Ausführlbarkeit für möglich halte. Die deutsche Regierung würde zum Rücktritt gezwungen, wenn sie ihr Volk verraten wolle. Briand befindet sich in noch schlimmerer Lage, da er nichts abgeben dürfe, ohne von der Bildfläche verschwinden zu müssen. Lloyd George sei der einzige, der noch freie Hand habe und einen Bruch vermeiden müsse. Er scheue auch trotz aller Schwierigkeiten nach einem Ausweg, aber in Frankreich wolle die härteste Partei gerade ein Mißglücken erreichen, um die Finanzmittel amenden zu können. Die französische Armee stehe bereit, den Untergang der deutschen Industrie zu vollenden. Um eine solche Katastrophe zu verhindern, wird Lloyd George gezwungen sein, den Franzosen deutlich zu machen, daß ein derartiges Vorgehen einen endgültigen Bruch der französisch-englischen Beziehungen herbeiführen müsse.

Die Haltung Süddeutschlands.

Der amtliche Bericht über die Stuttgarter Besprechung der süddeutschen Minister, die nach einer Erklärung des Staatspräsidenten Dr. Sieber im Landtag den Jued hatte, die Geschlossenheit, mit der Süddeutschland hinter den nach London entsandten deutschen Männern stehe, öffentlich zum Ausdruck zu bringen, teilt H. „Fr. Fr.“ mit, daß die Besprechung zu einer völligen Einigung geführt hat.

Simons und Kahr.

Anlässlich der Abreise der deutschen Delegation nach London telegraphierte, wie amtlich bekanntgegeben wird, der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr an den Führer der deutschen Delegation Reichsminister Dr. Simons: Die Einladung an Staatsrat v. Meinel, als Vertreter Bayerns an der Londoner Konferenz teilzunehmen, begrüßte ich mit warmstem Dank. Die bayerische Regierung hat zu Ew. Hochwohlgebornen das Vertrauen, daß Sie bei den schwersten verantwortungsvollen Verhandlungen, vor denen Sie stehen, die Interessen des Reiches und des deutschen Volkes im Rahmen des Möglichen mit allem Nachdruck vertreten werden. Unsere Sorgen und Wünsche begleiten Sie dorthin. Auf diese Depesche lief folgende Antwort des Ministers Dr. Simons ein: Ew. Erzellenz haben mir mit Ihrem Telegramm eine große Freude gemacht. Es ist mir sehr wertvoll, auf die Begleitung

Landestheater.

„Die Entführung aus dem Serail.“

Im Landestheater hat sich am Dienstag ein nicht alltäglicher Fall ereignet. Man ließ nämlich eine Sängerin, deren Aufgabenteil ein Cerubin, eine Zerline, ein Blondchen usw. umfaßt, in einer richtiggehenden Vogartoper auf Anstellung gastieren und trug damit einem von der gesamten Kritik seit Jahren immer wieder ausgesprochenen, wohl begründeten Wunsch Rechnung. Der Vogelgefangene ist nun einmal der sicherste, niemals tragende Kräfte für gelangliche Reize und musikalische Kultur. Eine Soubrette, die als Cerubin oder Blondchen befristet wird, wird sich in der Regel auch in jeder anderen Partie ihres Faches bewähren, während manche Künstlerin, die bei Vorking und Weber noch passieren mag, als Vogartinterprete enttäuscht. Fr. L. v. d. Weg vom Stadttheater in Freiburg vermochte als Blondchen ihre Eignung für unsere Bühne nicht zu erweisen. Sie spielte nett, lebendig, humorvoll, blieb aber stimmlich zu vieles schuldig. Ihr Organ ist nicht weich und biegsam genug, die dynamischen Übergänge wirken zu schroff, in der Höhe klingt der Ton oft hart und forciert, in der tieferen Lage dagegen nicht fest genug. Modulationsfähigkeit, Wärme und Innerlichkeit sind nicht in genügendem Maße vorhanden. Gewiß hat die Sängerin auch Vorzüge, namentlich jenen der Frische und Unverbrauchtheit ihres Organs, doch fehlt ihr noch nötige Entwicklung. Die Soubrette, die unsern Theater nottut, ist sie vorläufig nicht. Vielleicht einmal in späteren Jahren.

Was Stimmlatur und musikalisches Stilgefühl sind, das konnte man diesmal wieder aus den prachtvollen Leistungen Hellmut Reugebauers und unserer Koloratursängerin Frau von Ernst erfahren. Reugebauer sang den Belmonte mit wunderbarer Ausgeglichenheit seines schönen, warmtemperierten und ausdrucksvollen, echt lyrischen Tenors, bei dem sich schmelzender Wohlklang mit Kraft und Männlichkeit verbindet. In darstellerischer Hinsicht ist der Belmonte ebenfalls eine der besten Rollen des Künstlers geworden. In der anpruchsvollen Partie der Constanze betonte Frau von Ernst erneut ihre absolute technische Sicherheit, ihre Geläufigkeit und ihre eminenten Musikalität. Der Admin Herr Giefens war eine musikalisch achtbare

des Herrn Staatsrat v. Meinel rechnen zu können. Für die guten Wünsche auf den Weg nach London sage ich herzlichsten Dank. Ich werde das ehrenvolle Vertrauen, das Ew. Erzellenz mir im Namen der bayerischen Regierung aussprechen, nach besten Kräften zu rechtfertigen suchen.

Harding und der Völkerbund.

Der „Philadelphia Public Ledger“ zufolge hat Präsident Harding die Botschafter Geddes und Jussaraud davon in Kenntnis gesetzt, daß nichts gewonnen werden könne, wenn die alliierten Mächte versuchten, die Vereinigten Staaten in den angestrebten Völkerbund hineinzuzwingen. Harding, Knox und andere Führer hielten die Politik Wilsons gegenüber Mesopotamien und anderen Mandaten aufrecht. Die Reparationsfrage anlangend, so bestche keinerlei Aussicht auf irgendwelche militärische Unterstützung von Seiten Amerikas.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag übernahm gestern die Postgebührenordnung sowie die übrigen Postgesetze an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern und trat dann in die zweite Beratung des Gerichtsentslastungsgesetzes ein, in der die Abgg. Rosenfeld (L. S.), Reuthenfer (Op.), Radbruch (Soz.), Warg (Zentr.), Graefe (Dn.), Brodauf (Dem.), Gersfeld (Stomm.) sowie Justizminister Dr. Heineke das Wort ergriffen.

Die ersten Artikel des Entwurfes wurden in der Ausschussberatung angenommen. Ein Antrag Rosenfeld auf sofortige Zulassung der Frau zum Schöffen- und Geschworenennamt wurde in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 126 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Ordnungstrafe für Rechtsanwältinnen ergab sich die Notwendigkeit, eine Ausübung vorzunehmen, die im Wege des Sammelprozesses erfolgt; der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest. Dem Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen.

Eine Anleihenbeschriftung Dr. Wirths.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag eine Anleihenbeschriftung für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der Beschriftung, die bis zum September 1919 begebenen Anleihen, die auf Grund der Anleihegesetze geleistet, bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1918 endgültig verrechneten Ausgaben umfasst, belief sich der Gesamtbetrag der Anleihe auf 118 828 902 026 M. Die Summe erhöht sich durch die einzelnen Gesetze aus dem Jahre 1919 bis 1920 bis zu dem Betrage von 253 798 246 284 M., ermäßigt sich jedoch durch Ersparnisse und Anrechnungen von in Zahlung begebenen Kriegsanleihebeständen, um 8 067 872 306 M., so daß sich als Gesamtbetrag der Anleihekredite 245 730 441 977 M. ergeben. Die gesamte auf Grund des Anleihekredits begebenen Schulkapitale betragen am 30. September 1920 224 049 764 851 M. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 78 897 773 700 M. waren am 30. September 1920 18 121 892 700 Mark gelöst 25 Prozent in das Reichsschuldbuch eingetragen. Der gesamte bis zum 30. September 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Staatsanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4993 M.

Kurze polit. Nachrichten.

• **Zahlungsunfähigkeit einer Stadtgemeinde.** Als erste deutsche Stadtgemeinde erklärte sich die Stadt Löbjeun bei Halle zahlungsunfähig. Der Magistrat, der bei der Benozung einzelner Gläubiger persönliche Haftpflicht befürchtete, stellte sämtliche Zahlungen ein, auch die Lohnzahlungen an seine Arbeiter und Angestellten, da die Stadtkasse einen Fehlbetrag von 200 000 Mark aufweise und die kommunikalische Mehrheit Dedung durch Steuern grundsätzlich verweigert.

• **Gegen die Schwarze Schmach.** In Newyork fanden sich am Dienstag 30 000 Menschen zu einer Demonstration gegen die Schwarze Schmach zusammen. Eine Anzahl hoher Beamten hielten Anreden. Die ganze Veranstaltung verlief höchst eindrucksvoll.

• **Der sächsische Landtag hat einen Antrag, die sächsische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die gesetzliche Befreiung des Religionsunterrichts aus der Volksschule zu beantragen, mit 48 gegen 44 Stimmen angenommen.**

• **Krieg zwischen Panama und Costa Rica.** „Newyork Herald“ meldet: Es wird bestätigt, daß die Regierung von Panama

Leistung; sein Spiel hat der Künstler durch eine Anzahl gut bedachter und humorvoller Nuancen bereichert. (Der Wurf nach Belmonte im ersten Akt war nicht hierzu zu rechnen.) Hans Waffar verlor die Pedrillo mit seiner ganzen unverwundlichen Frische und Beweglichkeit. Dem Bassa Selim Herrn Kien schers hatte ein Weisheitsmad unfreiwilliger Komik und Gesteltheit an. Die Belebung der Szene im zweiten Akt durch die Erscheinung des Hentlers oder Koller-Inchids erscheint zum mindesten überflüssig. Die Aufführung, zu deren Gelingen das langjährige Spiel des Orchesters in besonderer Maße beitrug, unterstand der sicheren und feinfühligsten musikalischen Leitung des Operndirektors Cortollegis. Für die sächsische Zeitung zeichnete Hans Waffar verantwortlich. Die Aufführung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. E. Ruff.

• **Volksbühne Karlsruhe.** Wie schon mitgeteilt, geht morgen, Freitag, den 4. d. M., im Konzerthaus, abends 7 Uhr, die „Sitten der Gesellschaft“ von S. Wfen in Szene. (M. 1.) Das Werk ist von Herrn Regisseur Herz neu einstudiert. Die Hauptrolle des Konfils Berni spielt erstmals Herr Paschen. Während die weibliche Hauptrolle der Lona Hesse wieder durch Fr. Frauendorfer dargestellt wird. In größeren Hauptrollen sind weiterhin beschäftigt die Damen Kreuznach, Müller, Noorman und Kasse und die Herren Bürkner und Gemmecke. In größeren und kleineren Aufgaben ist außerdem das gesamte Schauspielpersonal beschäftigt.

• **Theaterkulturverband.** Für die Morgenveranstaltungen am Sonntag, den 6. März, ist als Redner eine Autorität auf dem Gebiete der Theaterkultur, der Heidelberger Univeritätsprofessor Dr. Martin Dibelius, gewonnen worden, der über das sehr zeitgemäße Thema: „Das Theater und das neue Publikum“ sprechen wird. Vor dem Vortrag wird das bekannte ständehafte Redners. Der dem Vortrag wird das bekannte ständehafte Redners. Der dem Vortrag wird das bekannte ständehafte Redners. Die Veranstaltung findet in der Wandelhalle des Landestheaters statt.

eine offizielle Kriegserklärung an die Republik Costa Rica gerichtet hat. In beiden Republiken wurde die Mobilisierung der Land- und Seestreitkräfte angeordnet. Der Isthmus von Panama und die Mosquito-Bai wurden als Kriegsgebiet proklamiert. — „Chicago Tribune“ meldet, daß ein Teil der Flotte von Panama einen Vorstoß gegen die Küste von Costa Rica unternommen hat. Vor dem Golf von Panama kam es zu einzelnen Gefechten. In dem gebirgigen Gelände im Norden von Panama haben Bandenkämpfe begonnen.

• **Vertragsrevision zugunsten der Türkei.** Der „Daily Express“ meldet, daß der Vertrag von Sevres zugunsten der Türkei abgeändert wurde, sodaß Griechenland Thrazien und Smyrna verliert.

• **Über den Aufruhr in Petersburg,** der sich an Lebensmitteltrawalle anschloß, meldet „Berlingske Tidende“ aus Delsingfors: Wie von der Grenze gemeldet wird, hat die Garnison von Petersburg unter die Aufrührer Waffen verteilt, verhält sich im übrigen aber neutral. Die Matrosen von Kronstadt haben sich den Aufrührern angeschlossen. Wassiljewski, Ostrow und mehrere andere Stadtviertel befinden sich in den Händen der Aufrührer.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

F. Karlsruhe, den 3. März.

Zu Beginn der um 9.20 Uhr von dem Präsidenten Dr. Kopf eröffneten Sitzung berichtete Abg. Dr. Gothein (Dem.) namens des Verfassungsausschusses über den Entwurf des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichsriedelungsgesetz. Der Berichterstatter hatte einen sehr ausführlichen Bericht ausgearbeitet, den er noch durch einige mündliche Ausführungen ergänzte. Er wies dabei u. a. darauf hin, daß das Reichsriedelungsgesetz fast ausschließlich auf norddeutsche Verhältnisse zugeschnitten ist und dadurch für Baden moncherlei Erschwernisse mit sich gebracht hat.

In der Aussprache berichtete Abg. Biehlauer (Dem.) über einen Antrag Marzloff (Soz.), in allen Gemeinden, in deren Gemartung sich Staatsbesitz befindet, für die Bewerber von Pachtland eine Werbungsliste aufzulegen und bei der Verpachtung nach sozialen Gesichtspunkten zu verfahren. — Hierzu brachten alle Parteien einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, im Wege der Verhandlungen mit den beteiligten Gemeinden, den kirchlichen Verwaltungen, den Stiftungsverwaltungen, den Ständes- und Grundherren und sonstigen größeren Grundbesitzern die Durchführung der für die Verpachtung der Landwirtschaft und Domänen aufgestellten Grundstücke auch auf die von diesen Stellen abgeschlossenen Pachtverträgen auszuweihen und den Antrag Marzloff für erledigt zu erklären.

Präsident Dr. Kopf gab einen weiteren von sämtlichen Parteien eingebrachten Antrag bekannt, daß die Vertrauensleute für den Landesriedelungsausschuss nach Anhören der Vertretung der Grundbesitzer und Waldbesitzer von der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer gewählt werden.

In der Aussprache nahmen die Abgg. Dr. Rehter (Zentr.), Maier-Heidelberg (Soz.), Schön (Dem.) und Maier-Karlruhe (Dn.) das Wort. Um 1 Uhr wurde abgebrochen. Fortsetzung nachm. 3 Uhr.

Zur Waffenbeschlagnahme in Bodman am Bodensee.

• **Von der Presseabteilung des Ministeriums des Innern wird uns geschrieben:** In Berücksichtigung vieler Anfragen zu der in Bodman am Bodensee vom Ministerium des Innern durchgeführten Waffenbeschlagnahme ist über den Vorgang noch folgendes zu bemerken:

In der Nacht vom 25./26. Februar 1921 brachte der Oberleutnant a. D. Fritz Keller aus dem Württembergischen einige Wagen Waffen nebst Munition nach einem im Bezirk Bodman gelegenen Gut des Grafen von Bodman. Eine Generalinspektion erhielt von dem Vorgang Kenntnis. Das zuständige Bezirksamt vollzog bereits am 26. Februar im Auftrage des Entnahmungskommissars die Beschlagnahme und am 28. Februar übernahm die Sicherheitspolizei von Sigmaringen 1300 Gewehre, 10 Maschinengewehre, 20 000 Schuß Munition, um sie zu Zwecken der Vermichtung der Reichstreuhandgesellschaft zuzuführen.

Mit der Enteignung dieser Waffenbestände waren eingehende Nachforschungen nach Waffen verbunden, die ein weiteres Ergebnis nicht zeigten. Man wird es der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung überlassen müssen, wie weit die mit dem Waffentransport in Verbindung stehenden Konspirationen gehen.

Die Bewirtschaftung der Milch auf genossenschaftlicher Grundlage.

• **In Tauberbischofsheim** fand, wie uns berichtet wird, gestern eine gut besuchte Bauernversammlung statt, in der die Gründung der fränkischen Milchverwertungsgenossenschaft mit dem Sitz in Tauberbischofsheim beschlossen wurde. Die Genossenschaft, über deren Ziel und Zweck in der „Karlsruher Zeitung“ bereits nähere Mitteilungen gebracht wurden, wird in Tauba eine Milchzentrale errichten, der später eine Molerei und Käseerei angegliedert werden soll. Dem neuen Unternehmen wurde von der Versammlung großes Interesse entgegengebracht. Eine größere Anzahl von Landwirten zeichnete sich sofort in der aufgelegten Liste ein. Der Vorstand besteht aus fünf Herren. Im Aufsichtsrat wird jede Gemeinde, die sich dem Unternehmen anschließt, vertreten sein. Mit dieser Gründung hat der Taubergau den ersten Schritt zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung der Milch in Zusammenarbeit der Produzenten und Konsumenten getan und damit für die gesamte Landwirtschaft vorbildlich gearbeitet.

Aus der Landeshauptstadt.

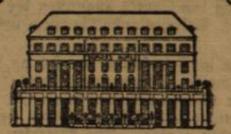
• **Die März-Ausstellung (1.—31. März)** in der Galerie Ross, Kaiserstraße 187, zeigt Gemälde von Theodor Bus, Rudolf Probst, Prof. G. v. Volkmann, A. Gau, P. J. Behrle, Peter Winter, Herbert Keller, Ivan Wojadschew, F. Schwaiger, so wie Graphik von Walter Bender und Karl Kabis.

Privatkapitalisten Börseninformationen

erhalten wichtige Anfragen Postlagerl. Nr. 351, Berlin W 66.

Freitag, den 4. März 1921:
Landestheater. **Konzerthaus.**
Der Wildschütz. **Volksbühne Nr. 1**
Die Stützen der Gesellschaft
 7 bis gegen 10 Uhr. Mk. 17.
 7 bis 9 1/2 Uhr.

SCHLOSSHOTEL KARLSRUHE
 AM HAUPTBAHNHOF



Vornehmstes Haus am Platze
 Bekannt für
 gute Küche und Weine

Täglich
Künstler-Konzert

Abends nur reservierte Tische.

Rheinische Hypotheken-Bank in Mannheim.
General-Versammlung.

Die neunundvierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Rheinischen Hypothekenbank wird
 Dienstag, den 5. April d. J., vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale der Rheinischen Hypothekenbank, A 2, 1, da hier, stattfinden.
 Zu dieser Generalversammlung laden wir hiermit die Herren Aktionäre ein.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats versehenen Berichtes der Direktion über das Geschäftsjahr 1920.
 2. Beschlußfassung über die Bilanz und über die Verwendung des Reingewinns.
 3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 4. Aufsichtsratswahl.
 Jede Aktie gewährt das Stimmrecht. Daselbe kann auch betretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden.
 Eintrittskarten zur Generalversammlung erteilen: in Mannheim unsere Bank, in Mannheim und den bezüglichen Orten die Rheinische Kreditbank und deren Filialen, in Frankfurt a. M. die Deutsche Vereinsbank, die Direktion der Diskontogesellschaft, die Filiale der Bank für Handel und Industrie und die Deutsche Bank Filiale Frankfurt a. M., in Stuttgart die Württembergische Vereinsbank, in Berlin das Bankhaus C. Reichröder und die Direktion der Diskontogesellschaft.
 § 43 der Statuten bestimmt:
 Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung sind zugelassen, wenn sie nicht später als am dritten Tage vor der Versammlung erfolgen. Zur Ausübung des Stimmrechts ist zugelassen, wer die Aktien spätestens 6 Tage vor dem Versammlungstage bei der Gesellschaft oder bei einer der in der Einladung zur Generalversammlung hierzu bezeichneten Stellen oder bei einem Notar vorgelegt, wogegen ihm eine auf seinen Namen lautende Stimmkarte ausgestellt wird. Den Anmeldungen zur Teilnahme und zur Erwirkung einer Stimmkarte ist ein Nummernverzeichnis der vorgelegten Aktien beizufügen. Die Direktion ist berechtigt, die Hinterlegung der Aktien zu verlangen; in diesem Fall ist die Ausübung des Stimmrechts von der Hinterlegung abhängig.
 Die in § 263 des Handelsgesetzbuches bezeichneten Verlagen liegen während der daselbst genannten Frist in unserem Geschäftslokale zur Einsicht der Aktionäre bereit.
 Mannheim, den 2. März 1921.
 Rheinische Hypotheken-Bank.

4% Anleihe der Fried. Krupp Aktien-gesellschaft, Essen, vom Jahre 1908.

Bei der 10. Auslosung am 19. Januar 1921 sind die folgenden Nummern zur Rückzahlung am 1. Juli 1921 gezogen worden:

Zit. A. 60 Stück von je M. 5000 = M. 300000.

10	20	30	40	50	60	70	80	90	100
101	102	103	104	105	106	107	108	109	110
111	112	113	114	115	116	117	118	119	120
122	123	124	125	126	127	128	129	130	131
133	134	135	136	137	138	139	140	141	142
145	146	147	148	149	150	151	152	153	154
157	158	159	160	161	162	163	164	165	166
169	170	171	172	173	174	175	176	177	178
181	182	183	184	185	186	187	188	189	190
193	194	195	196	197	198	199	200	201	202
205	206	207	208	209	210	211	212	213	214
217	218	219	220	221	222	223	224	225	226
229	230	231	232	233	234	235	236	237	238
241	242	243	244	245	246	247	248	249	250
254	255	256	257	258	259	260	261	262	263
267	268	269	270	271	272	273	274	275	276
280	281	282	283	284	285	286	287	288	289
292	293	294	295	296	297	298	299	300	301
304	305	306	307	308	309	310	311	312	313
316	317	318	319	320	321	322	323	324	325
328	329	330	331	332	333	334	335	336	337
340	341	342	343	344	345	346	347	348	349
352	353	354	355	356	357	358	359	360	361
364	365	366	367	368	369	370	371	372	373
376	377	378	379	380	381	382	383	384	385
388	389	390	391	392	393	394	395	396	397
400	401	402	403	404	405	406	407	408	409
412	413	414	415	416	417	418	419	420	421
424	425	426	427	428	429	430	431	432	433
436	437	438	439	440	441	442	443	444	445
448	449	450	451	452	453	454	455	456	457
460	461	462	463	464	465	466	467	468	469
472	473	474	475	476	477	478	479	480	481
484	485	486	487	488	489	490	491	492	493
496	497	498	499	500	501	502	503	504	505
508	509	510	511	512	513	514	515	516	517
520	521	522	523	524	525	526	527	528	529
532	533	534	535	536	537	538	539	540	541
544	545	546	547	548	549	550	551	552	553
556	557	558	559	560	561	562	563	564	565
568	569	570	571	572	573	574	575	576	577
580	581	582	583	584	585	586	587	588	589
592	593	594	595	596	597	598	599	600	601
604	605	606	607	608	609	610	611	612	613
616	617	618	619	620	621	622	623	624	625
628	629	630	631	632	633	634	635	636	637
640	641	642	643	644	645	646	647	648	649
652	653	654	655	656	657	658	659	660	661
664	665	666	667	668	669	670	671	672	673
676	677	678	679	680	681	682	683	684	685
688	689	690	691	692	693	694	695	696	697
700	701	702	703	704	705	706	707	708	709
712	713	714	715	716	717	718	719	720	721
724	725	726	727	728	729	730	731	732	733
736	737	738	739	740	741	742	743	744	745
748	749	750	751	752	753	754	755	756	757
760	761	762	763	764	765	766	767	768	769
772	773	774	775	776	777	778	779	780	781
784	785	786	787	788	789	790	791	792	793
796	797	798	799	800	801	802	803	804	805
808	809	810	811	812	813	814	815	816	817
820	821	822	823	824	825	826	827	828	829
832	833	834	835	836	837	838	839	840	841
844	845	846	847	848	849	850	851	852	853
856	857	858	859	860	861	862	863	864	865
868	869	870	871	872	873	874	875	876	877
880	881	882	883	884	885	886	887	888	889
892	893	894	895	896	897	898	899	900	901
904	905	906	907	908	909	910	911	912	913
916	917	918	919	920	921	922	923	924	925
928	929	930	931	932	933	934	935	936	937
940	941	942	943	944	945	946	947	948	949
952	953	954	955	956	957	958	959	960	961
964	965	966	967	968	969	970	971	972	973
976	977	978	979	980	981	982	983	984	985
988	989	990	991	992	993	994	995	996	997
999	1000	1001	1002	1003	1004	1005	1006	1007	1008
1011	1012	1013	1014	1015	1016	1017	1018	1019	1020
1023	1024	1025	1026	1027	1028	1029	1030	1031	1032
1035	1036	1037	1038	1039	1040	1041	1042	1043	1044
1047	1048	1049	1050	1051	1052	1053	1054	1055	1056
1059	1060	1061	1062	1063	1064	1065	1066	1067	1068
1071	1072	1073	1074	1075	1076	1077	1078	1079	1080
1083	1084	1085	1086	1087	1088	1089	1090	1091	1092
1095	1096	1097	1098	1099	1100	1101	1102	1103	1104
1107	1108	1109	1110	1111	1112	1113	1114	1115	1116
1119	1120	1121	1122	1123	1124	1125	1126	1127	1128
1131	1132	1133	1134	1135	1136	1137	1138	1139	1140
1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151	1152
1155	1156	1157	1158	1159	1160	1161	1162	1163	1164
1167	1168	1169	1170	1171	1172	1173	1174	1175	1176
1179	1180	1181	1182	1183	1184	1185	1186	1187	1188
1191	1192	1193	1194	1195	1196	1197	1198	1199	1200
1203	1204	1205	1206	1207	1208	1209	1210	1211	1212
1215	1216	1217	1218	1219	1220	1221	1222	1223	1224
1227	1228	1229	1230	1231	1232	1233	1234	1235	1236
1239	1240	1241	1242	1243	1244	1245	1246	1247	1248
1251	1252	1253	1254	1255	1256	1257	1258	1259	1260
1263	1264	1265	1266	1267	1268	1269	1270	1271	1272
1275	1276	1277	1278	1279	1280	1281	1282	1283	1284
1287	1288	1289	1290	1291	1292	1293	1294	1295	1296
1299	1300	1301	1302	1303	1304	1305	1306	1307	1308
1311	1312	1313	1314	1315	1316	1317	1318	1319	1320
1323	1324	1325	1326	1327	1328	1329	1330	1331	1332
1335	1336	1337	1338	1339	1340	1341	1342	1343	1344
1347	1348	1349	1350	1351	1352	1353	1354	1355	1356
1359	1360	1361	1362	1363	1364	1365	1366	1367	1368
1371	1372	1373	1374	1375	1376	1377	1378	1379	1380
1383	1384	1385	1386	1387	1388	1389	1390	1391	1392
1395	1396	1397	1398	1399	1400	1401	1402	1403	1404
1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413	1414	1415	1416
1419	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426	1427	1428
1431	1432	1433	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440
1443	1444	1445	1446	1447	1448	1449	1450	1451	1452
1455	1456	1457	1458	1459	1460	1461	1462	1463	1464
1467	1468	1469	1470	1471	1472	1473	1474	1475	1476
1479	1480	1481	1482	1483	1484	1485	1486	1487	1488
1491	1492	1493	1494	1495	1496	1497	1498	1499	1500

4% Anleihe der Fried. Krupp Aktien-gesellschaft, Essen, vom Jahre 1908.

Bei der 10. Auslosung am 19. Januar 1921 sind die folgenden Nummern zur Rückzahlung am 1. Juli 1921 gezogen worden:

Zit. B. 90 Stück von je M. 2000 = M. 180000.

10	20	30	40	50	60	70	80	90	100
101	102	103	104	105	106	107	108	109	110
111	112	113	114	115	116	117	118	119	120
122	123	124	125	126	127	128	129	130	131
133	134	135	136	137	138	139	140	141	142
145	146	147	148	149	150	151	152	153	154
157	158	159	160	161	162	163	164	165	166
169	170	171	172	173	174</				